

ERKLÄRUNG

40 Politiker fordern Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters

Neue Unterstützung für das SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg: 40 Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus ganz Baden fordern in einer Erklärung seinen Erhalt.



Das SWR-Sinfonieorchester in Freiburg Foto: Ingo Schneider

"Das SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg erhalten! Kulturverlust für Baden vermeiden!" Das sind die Kernforderungen der Erklärung einer "parteienübergreifenden Initiativgruppe zum Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg". Beide Postulate für sich sind bekannt. Neu ist indes die in dieser Form bislang noch nicht geäußerte konzertierte Kraft dahinter: 40 Bundestags- und Landtagsabgeordnete haben das Papier unterzeichnet.

DIE UNTERZEICHNER

Nachdem die vom Südwestrundfunk 2012 beschlossene Fusion seiner beiden in Baden-Württemberg ansässigen Klangkörper – Radiosinfonieorchester Stuttgart (RSO) und SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg (SO) – ab Herbst 2016 mit Sitz in Stuttgart

bislang von politischer Seite mit Verweis auf einen senderinternen Vorgang weitgehend ignoriert worden war, formiert sich dort nun Widerstand. Motor der Erklärung ist eine Initiativgruppe, die die Bundestagsabgeordneten Kerstin Andrae (Grüne), Gernot Erler (SPD) und Matern von Marschall (CDU) sowie die Landtagsabgeordneten Christoph Bayer (SPD), Bärbl Mielich (Grüne), Patrick Rapp (CDU) und Gabi Rolland (SPD) gebildet haben. Auch die übrigen Unterzeichner kommen aus badischen Wahlkreisen, von Waldshut bis zum Tauber-Odenwald-Kreis: ein klares Signal aus der westlichen Hälfte dieses Bindestrich-Bundeslandes.

DIE ADRESSATEN

Es richtet sich "an den SWR, an den Landtag und an die Landesregierung sowie an die Verantwortlichen der Stadt Freiburg" gleichermaßen, natürlich mit dem Appell, die Fusion zu verhindern. Denn, so betont diese neue schwarz-rot-grüne Interessenkoalition im ersten von fünf Punkten: "Die für 2016 geplante Fusion mit dem RSO Stuttgart des SWR zu einem neuen gemeinsamen Rundfunkorchester mit Sitz in Stuttgart stellt faktisch die nicht hinnehmbare Auflösung des SO dar." Mit diesem würde "ein Kulturbotschafter Baden-Württembergs von der Weltbühne verschwinden". Und: "Freiburg und die anderen Spielorte des SO in der trinationalen Region Oberrhein erlitten einen erheblichen Kulturverlust und die breit angelegte, von Begeisterung getragene musikalische Jugendarbeit des SO fände mit der Fusion ihr Ende."

KRITIKPUNKTE

Auch diese Argumentation ist bekannt, verhalte aber bislang beim SWR. Erst im vergangenen November hatten sich 160 Dirigentinnen und Dirigenten sowie 148 Komponisten in offenen Briefen an Intendant Peter Boudgoust gewandt, um gegen die Orchesterfusion zu protestieren. Die 40 Unterzeichner des aktuellen Papiers greifen die einhellige Expertenkritik auf und erinnern daran, dass der "weltweit renommierteste Klangkörper für die Aufführung zeitgenössischer Musik unwiederbringlich vernichtet" würde. Deshalb der Appell an den Sender und dessen "besondere Verantwortung für ein gleichwertiges Kulturangebot im gesamten Sendegebiet". In den schließen die Politikerinnen und Politiker aber auch Land und Kommunen mit ein und erinnern an deren "verfassungsrechtlichen Auftrag zur Förderung des kulturellen Lebens in Baden-Württemberg".

UNGLEICHGEWICHTE

In der Tat bringt ein Blick auf die Landesförderung musikalischer Einrichtungen ein eklatantes Ungleichgewicht zuungunsten Badens zutage. So wurden im Haushaltsjahr 2013, die Staatstheater in Stuttgart und Karlsruhe jeweils mit einbezogen, in Württemberg rund 55,7 Millionen Euro für Musikensembles und -einrichtungen aufgewendet, während es im badischen Landesteil nur 22,5 Millionen waren. Einem Förderaufwand von 4,91 Euro je Einwohner in Baden stehen 8,98 Euro in Württemberg entgegen. Angesichts eines Bevölkerungsverhältnisses von 5,71 (Württemberg) zu 4,84 Millionen (Baden) Einwohnern wiegt diese Ungleichheit umso schwerer. Da in diese Rechnung die beiden Rundfunkorchester nicht mit einfließen, lässt sich ausmalen, wie sich de facto die Unwucht nach einer im württembergischen Landesteil angesiedelten Fusion noch vergrößern würde.

FORDERUNGEN

Mit ihrem Vorstoß wollen die Politiker vor allem eins deutlich machen: Dass die Fusionsentscheidung des Intendanten keine interne Angelegenheit des SWR sei, sondern die Gesellschaft angehe. Weshalb der vom Sender eingeschlagene Weg auch "keineswegs

alternativlos" sei. Ausführlich wird auf die veränderten Rahmenbedingungen seit der Fusionsentscheidung eingegangen.

KONSEQUENZEN

Karl-Reinhard Volz vom Vorstand des SWR-Orchester-Freundeskreises zeigte sich gegenüber der BZ erfreut über die "politische Kulturoffensive einer breiten, parteiübergreifenden Koalition". Nun müsse Ministerpräsident Kretschmann endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Fusion eine kulturpolitische Entscheidung sei: "Es geht hier nicht um die Schließung einer Kantine beim Sender." Auch die über 20 000 Unterschriften gegen die Fusion, die der Freundeskreis gesammelt habe, zeigten, dass hier kein "elitäres Häufchen" opponiere. Nun gehe es darum, den SWR dazu zu bringen, seine Prioritäten neu zu überdenken. Mit einem Anteil von nur 41 Cent des knapp 18 Euro betragenden Rundfunkbeitrags ließen sich sogar alle Klangkörper der deutschen Rundfunkanstalten finanzieren.

Am Donnerstag wird sich der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst wieder mit der Fusion beschäftigen. Die Abgeordneten befriedigte die Stellungnahme des Staatsministeriums im Herbst nicht. Der Verein der Freunde und Förderer des SWR-SO organisiert auf seiner Homepage eine Protestfahrt in die Landeshauptstadt.
Auszug aus der Erklärung

"Seit der Entscheidung des SWR zur Orchesterfusion haben sich wesentliche Rahmenbedingungen erheblich verändert: Der SWR hatte auf Grund der Umstellung der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag Mindereinnahmen erwartet; tatsächlich werden in nicht unerheblichem Umfang Mehreinnahmen erzielt. Die Folgekosten der geplanten Orchesterfusion gestalten sich deutlich höher als ursprünglich veranschlagt. Der zunächst entworfene Orchesterspielplan hat sich als nicht umsetzbar erwiesen, so dass das Konzertprogramm ab 2016 deutlich reduziert werden müsste. Und der Wegfall der musikalischen Jugendarbeit des SO für Freiburg und Umgebung tritt in seinen Konsequenzen erst allmählich in das Bewusstsein der Öffentlichkeit." (Die komplette Erklärung finden Sie auf der nächsten Seite)

Fr, 07. Februar 2014

Artikel aus der gedruckten Badischen Zeitung zu diesem Thema:

"Es geht nicht um die Schließung einer Kantine"

von: Alexander Dick

Das SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg erhalten!

Kulturverlust für Baden vermeiden!

Erklärung der parteienübergreifenden Initiativgruppe zum Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

1. Die unterzeichnenden Bundes- und Landtagsabgeordneten fordern den Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO). Die für 2016 geplante Fusion mit dem RSO Stuttgart des SWR zu einem neuen gemeinsamen Rundfunkorchester mit Sitz in Stuttgart stellt faktisch die nicht hinnehmbare Auflösung des SO dar.
2. Mit der Fusion würde der nach Auffassung vieler namhafter Experten weltweit renommierteste Klangkörper für die Aufführung zeitgenössischer Musik unwiederbringlich vernichtet werden. Zugleich würde ein Kulturbotschafter Baden-Württembergs von der Weltbühne verschwinden. Freiburg und die anderen Spielorte des SO in der trinationalen Region Oberrhein erlitten einen erheblichen Kulturverlust und die breit angelegte, von Begeisterung getragene musikalische Jugendarbeit des SO fände mit der Fusion ihr Ende.
3. Der aus Beiträgen finanzierte SWR hat als gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts eine besondere Verantwortung für ein gleichwertiges Kulturangebot im gesamten Sendegebiet. Land und Kommunen haben einen verfassungsrechtlichen Auftrag zur Förderung des kulturellen Lebens in Baden-Württemberg. Dazu gehört die Berücksichtigung aller Landesteile bei der Umsetzung eines guten Kulturangebots.
4. Seit der Entscheidung des SWR zur Orchesterfusion haben sich wesentliche Rahmenbedingungen erheblich verändert: Der SWR hatte auf Grund der Umstellung der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag Mindereinnahmen erwartet; tatsächlich werden in nicht unerheblichem Umfang Mehreinnahmen erzielt. Die Folgekosten der geplanten Orchesterfusion gestalten sich deutlich höher als ursprünglich veranschlagt. Der zunächst entworfene Orchesterspielplan hat sich als nicht umsetzbar erwiesen, so dass das Konzertprogramm ab 2016 deutlich reduziert werden müsste. Und der Wegfall der musikalischen Jugendarbeit des SO für Freiburg und Umgebung tritt in seinen Konsequenzen erst allmählich in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.
5. Die geplante Orchesterfusion ist keineswegs alternativlos. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen kann unter maßgeblicher Beteiligung des SWR sowie unter ergänzender Einbeziehung des Landes und von Kommunen der Region Oberrhein mit Unterstützung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein innovatives Modell entwickelt werden, das dem SO eine dauerhaft stabile Perspektive eröffnet. Die Unterzeichnenden appellieren an den SWR, an den Landtag und an die Landesregierung sowie an die Verantwortlichen der

Stadt Freiburg, die Chance für die Schaffung neuer innovativer Formate für die Orchesterarbeit zu nutzen, um SO und RSO zu bewahren, damit sich das SO als unverzichtbarer Kulturträger im Land und als weltweit auftretender Botschafter der Musikkultur Baden-Württembergs künftig weiter entfalten kann.

Freiburg, den 7. Februar 2014

Die Initiativgruppe:

Kerstin Andreae (MdB), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Freiburg i.Br.
Dr. Gernot Erler (MdB), SPD, WK Freiburg i.Br.
Matern von Marschall (MdB), CDU, WK Freiburg i.Br.

Christoph Bayer (MdL), SPD, WK Breisgau
Bärbl Mielich (MdL), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Breisgau
Dr. Patrick Rapp (MdL), CDU, WK Breisgau
Gabi Rolland (MdL), SPD, WK Freiburg II

Weitere unterzeichnende Abgeordnete in alphabetischer Reihenfolge:

Dr. Franziska Brantner (MdB), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Heidelberg
Prof. Dr. Lars Castellucci (MdB), SPD, WK Rhein-Neckar
Elvira Drobinski-Weiß, (MdB), SPD, WK Offenburg
Thomas Dörflinger (MdB), CDU, WK Waldshut
Dr. Johannes Fechner, (MdB), SPD, WK Emmendingen-Lahr
Axel E. Fischer (MdB), CDU, WK Karlsruhe-Land
Thorsten Frei (MdB), CDU, WK Schwarzwald-Baar
Josef Frey (MdL), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Lörrach
Anneke Graner (MdL), SPD, WK Ettlingen
Manfred Groh (MdL), CDU, WK Karlsruhe I
Walter Heiler (MdL), SPD, WK Bruchsal
Karl-Wolfgang Jägel (MdL), CDU, WK Rastatt
Gabriele Katzmarek (MdB), SPD, WK Rastatt
Ernst Kopp (MdL), SPD, WK Rastatt
Sylvia Kotting-Uhl (MdB), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Karlsruhe
Kordula Kovac (MdB), CDU, WK Offenburg
Dr. Dr.h.c. Karl A. Lamers (MdB), CDU, WK Heidelberg-Weinheim
Ulrich Lusche (MdL), CDU, WK Lörrach
Thomas Marwein (MdL), Bündnis 90/Die Grünen, WK Offenburg
Reinhold Pix (MdL), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Freiburg I
Heribert Rech (MdL), CDU, WK Bruchsal
Wolfgang Reuther (MdL), CDU, WK Singen-Stockach
Dorothee Schlegel (MdB), SPD, WK Tauber-Odenwald
Gabriele Schmidt (MdB), CDU, WK Waldshut
Alexander Schoch (MdL), Bündnis 90/ Die Grünen, WK Emmendingen
Armin Schuster (MdB), CDU, WK Lörrach-Müllheim
Rita Schwarzelühr-Sutter, (MdB), SPD, Staatssekretärin, WK Waldshut
Willi Stächele (MdL), CDU, WK Kehl
Johannes Stober (MdL), SPD, WK Karlsruhe I
Georg Wacker (MdL), CDU, WK Weinheim
Peter Weiß (MdB), CDU, WK Emmendingen-Lahr
Ingo Wellenreuther (MdB), CDU, WK Karlsruhe-Stadt
Sabine Wölfle (MdL), SPD, WK Emmendingen